

Politik & Wirtschaft

Trumps Zollpolitik – eine fantastische Chance?

Gastkommentar Wachstum durch Zölle: warum US-Präsident Donald Trump einer cleveren Strategie folgt und wie die Schweiz darauf reagieren sollte.

Reiner Eichenberger
und David Stadelmann

Donald Trumps Handelspolitik fokussiert einseitig auf Defizite im bilateralen Güterhandel und blendet dabei die erheblichen US-Überschüsse im Dienstleistungsbereich aus. Damit erscheint sie protektionistisch und willkürlich. Die von Trump forcierten «Deals» mit hohen Zöllen belasten nicht nur die Handelspartner, sondern auch die Konsumenten und die Wirtschaft der USA. Warum also drängt Trump seine Partner zu solchen Vereinbarungen?

So irritierend Trumps Stil wirken mag – im Grossen verfolgt er wohl das Richtige: Die Sicherung von Wohlstand und Freiheit in den USA und der westlichen Welt erfordert deutlich höheres Wirtschaftswachstum. Angesichts des stetig wachsenden Staatssektors kann nur Wirtschaftswachstum eine Schuldenkrise abwenden. Auch die geopolitischen Spannungen mit China und Russland, die demografische Entwicklung und der Klimawandel lassen sich letztlich nur mit deutlich höherem Wirtschaftswachstum bewältigen.

Dafür muss die Produktivität steigen. Das erfordert viererlei: geringere Steuerlast, weniger Regulierung, mehr Wettbewerb und einen effizienteren Staat. Davon profitieren vor allem die «Normalbürger», denn mit Steuern und Überregulierung ist es wie mit Zöllen: Am Ende trägt die breite Bevölkerung die Last.

Die USA und ihre westlichen Partner verfügen mit dem demokratischen Kapitalismus über das überlegene Gesellschafts- und Wirtschaftssystem. Doch sie haben es selbst geschwächt. Bürokratie, Überregulierung und eine interventionistische Umwelt- und Klimapolitik wirken als nicht tarifäre Handelshemmnisse. Diese schaden der Wirtschaft mehr als Zölle, die wenigstens Staatseinnahmen generieren und Unternehmen weniger Unsicherheit bieten.

Trump scheint nun eine alte handelspolitische Strategie wiederzubeleben: Ersetze nicht tarifäre Hemmnisse durch Zölle – mit dem Ziel, diese später gemeinsam abzubauen. Seine ersten Zollankündigungen folgten dieser Logik. Sie wurden mit nicht tarifären Hürden und Währungsmanipulationen begründet. Im sogenannten US-EU-Deal wurden die EU-Zölle auf US-Industriegüter auf null gesenkt, zugleich wurde ein Abbau nicht tarifärer Barrieren vereinbart.

Tatsächlich wies die EU bis dahin höhere Zölle und deutlich strengere nicht tarifäre Handelshemmnisse auf als die USA. In transatlantischer Kooperation sollen nun die



Wachstum erzwingen: US-Präsident Donald Trump spricht im Oval Office über Investitionen in den USA. Foto: EPA, Keystone

europäischen Regulierungen für US-Firmen – und so für alle – vereinfacht werden. Auch im Agrarsektor sollen nicht tarifäre Handelshemmnisse reduziert werden. Im digitalen Bereich haben sich beide Seiten verpflichtet, elektronische Dienstleistungen zollfrei zu halten und regulatorische Schranken zu vermeiden.

Einige Elemente des Deals passen jedoch nicht zur skizzierten Strategie: Die USA beharren auf neuen Zöllen, und die EU verspricht, innerhalb von drei Jahren Energie im Wert von 750 Milliarden Dollar aus den USA zu importieren sowie 600 Milliarden zusätzlich zu investieren. Das erinnert an Schutzgeldlogik.

Doch die Zusagen der EU sind ebenso unrealistisch wie jene Japans oder Südkoreas. Weder kann die EU den Energiehandel zentral steuern, noch kann sie Investitionsflüsse in die USA garantieren. Warum akzeptieren die USA Vereinbarungen, deren Nichterfüllung von vornherein absehbar ist? Weil Appelle zum Abbau nicht tarifärer Handelshemmnisse seit Jahren wirkungslos geblieben sind.

Zwar bekunden die EU-Kommission und nationale Regierungen regelmässig ihren

Willen zum Abbau von Regulierungen, doch setzen sich im politischen Alltag meist Interessengruppen durch, die protektionistische Massnahmen zum Schutz vor Konkurrenz fordern.

Mit Zöllen schuf die US-Regierung nun ein glaubwürdiges Druckmittel, und mit Energie- und Investitionszusagen hinterlegte Europa ein überprüfbares Pfand. Deren Einhaltung lässt sich verbindlicher messen als der komplexe Abbau regulatorischer Handelshemmnisse.

So können die USA bei Fortschritten im Regulierungsabbau grosszügig über die Nichterfüllung der EU-Zusagen bei Energiekäufen und Investitionen hinwegsehen – oder andernfalls gezielt nachfordern.

Diese Strategie wirkt auch gegen China. Hätten die USA allein China mit Zöllen belegt, hätte dieses seine Exporte über Drittstaaten umleiten können. Der globale Zollschock hingegen zwang auch potenzielle Ausweichländer zu Deals mit Washington. Der enge Fokus auf Handelsbilanzüberschüsse gibt ihnen nun Anreize, chinesische Umgehungsgeschäfte zu unterbinden. Im nächsten Schritt könnte Trump seine Partner dazu drängen,

«Sekundärzölle» gegen China in Höhe der US-Zölle einzuführen, um Ausweichstrategien Chinas zu blockieren.

Doch was soll die Schweiz tun? Auch für sie ist Produktivitätswachstum zentral. Ideal für sie sind Massnahmen, die ihr und den USA nützen. Sie sollte ihre Märkte für US-Produkte mindestens ebenso weit öffnen wie für EU-Waren. Dies gelingt durch einseitige Zulassung von US-Gütern nach dem «Cassis-de-Dijon»-Prinzip mittels Anerkennung amerikanischer Standards und Zertifikaten, jeweils mit klarer Deklaration.

Die Autoren

Prof. Dr. Reiner Eichenberger ist Ordinarius für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg (Schweiz). Prof. Dr. David Stadelmann ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth.



Reiner Eichenberger (links) und David Stadelmann. Fotos: PD

Im Kampf gegen überhöhte Pharmapreise sollte sie die USA als Verbündete sehen, denn auch die Schweiz ist eine Preisinsel. Und sie sollte aufhören, ihren Franken künstlich tief zu halten, um die Exportindustrie zu «stützen». Angesichts des riesigen Handelsüberschusses ist das Lamento vom überbewerteten Franken hinfällig.

Zugleich muss die Schweiz ihre internen Probleme wirksam angehen. Mehr Zuwanderung und Breitenwachstum sind keine Lösung. Stattdessen sollten ältere Menschen durch eine Halbierung der Steuern auf Arbeitseinkommen im Alter motiviert werden, freiwillig länger zu arbeiten.

Auch Verkehrs-, Umwelt- und Klimapolitik sollten auf konsequente Kostenwahrheit statt auf Regulierung umgestellt werden: Wer Schäden verursacht, soll zahlen. Dadurch würden viele Regulierungen und Subventionen überflüssig. Die frei werdenden Mittel sollten über tiefere Mehrwertsteuern an die Bevölkerung zurückfliessen. Solche Reformen würden der Schweiz ein Vielfaches an Wohlstand und Lebensqualität von dem bringen, was Trumps Zölle je kosten könnten.

SVP-Delegierte lehnen E-ID klar ab, GLP ist dafür

Abstimmungsparolen Die Delegierten von SVP und GLP haben am Samstag die Parolen zu kommenden Abstimmungsvorlagen beschlossen. Die SVP-Delegierten lehnten beim Treffen in Schaffhausen das E-ID-Gesetz mit 241 zu 52 Stimmen ab. Zudem beschlossen sie einstimmig die Nein-Parole zur Juso-Erbschaftssteuerinitiative, die im November zur Abstimmung steht. Die Ja-Parole zur Abschaffung des Eigenmietwerts wurde bereits im März beschlossen.

Die GLP hielt ihre Versammlung online ab. Mit 171 zu 1 Stimme sagten die Grünliberalen klar Ja zur E-ID, die sie als wichtigen Schritt zur Digitalisierung sehen. Bei der Vorlage zur Abschaffung des Eigenmietwerts kam es hingegen zu einer kontroversen Diskussion, aus der eine Stimmfreigabe resultierte (104 zu 54 Stimmen). Über das E-ID-Gesetz und die Abschaffung des Eigenmietwerts wird am 28. September abgestimmt. (red)

AKW: Ende von Neubauverbot gefordert

Offener Brief Ein Wirtschaftskomitee unterstützt die Pläne des Bundesrats, das Verbot neuer Kernkraftwerke zu streichen. Prominenteste Stimme ist die Sulzer-CEO Suzanne Thoma, die als Chefin des Stromkonzerns BKW einst das AKW Mühleberg stilllegte. Das vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse initiierte Komitee fordert in einem offenen Brief die Aufhebung des AKW-Verbots. «Die Energiepolitik sollte wieder technologieoffen ausgestaltet werden», heisst es darin.

Das Schreiben liegt der «NZZ am Sonntag» vor und soll noch im August veröffentlicht werden. Gemäss Thoma ist eine grundsätzliche Neubewertung der Kernkraft nötig. Unter den bisher über 200 Unterzeichnenden des offenen Briefes finden sich viele Vertreter der klassischen Industrie. Unterschriften stammten auch aus der Strom- sowie der Finanzbranche. (red)

Teure Projekte mit fragwürdiger Wirkung

CO₂-Reduktion Zwei Prestigeprojekte zur CO₂-Reduktion in Ghana und Thailand geraten zunehmend in die Kritik. Wie die «SonntagsZeitung» schreibt, stellen neue Berichte infrage, ob diese überhaupt wirkungsvoll Emissionen ausgleichen können. In der thailändischen Hauptstadt Bangkok wird mit Schweizer Geld im Namen des Klimaschutzes der Einsatz von Elektrobussen gefördert. Offiziell soll dies Hunderttausende Tonnen CO₂ einsparen.

Allerdings bezweifeln Gutachter diesen Effekt. In Bangkok wären wohl auch ohne Schweizer Hilfe E-Busse eingeführt worden. Ausserdem sei die thailändische Stromproduktion höchst umweltschädlich und die zugrundeliegenden Berechnungen fragwürdig. Ein ähnliches Bild zeigt sich in Ghana, wo ein Projekt für klimaschonenden Reiseanbau Mängel bei Messung und Transparenz aufweise. (red)